

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 18. Mai 2016

Flugverkehr

Die Zukunft der Flughäfen an Rhein und Ruhr stand auf Antrag der FDP im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Anlass: ein Positionspapier der GRÜNEN-Fraktion zum Luftverkehrsstandort NRW. S. 3

Polizei

Der Landtag hat auf Antrag der CDU-Fraktion über Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten debattiert. Die Landesregierung kündigte einen Modellversuch mit sogenannten Bodycams an. S. 5

Schwimmen

Nach der Grundschule sollten Kinder in NRW schwimmen können. So sieht es der Lehrplan vor. Allerdings wird dieses Ziel nicht immer erreicht. Um Gründe und Konsequenzen ging es im Sportausschuss. S. 9-11

Integration

Zahlreiche Sachverständige haben sich in einer mehrstündigen Anhörung zur Integration von Flüchtlingen geäußert. Sieben Anträge der Fraktionen lagen den Beratungen zugrunde. S. 12-13

Lieblingssorte

Prominente und „ihr“ Nordrhein-Westfalen



Wo wir gerne sind

Kaum ein Bundesland ist so vielfältig wie Nordrhein-Westfalen. Da gibt es üppig grüne Landschaften neben Industriekultur, dicht besiedelte Metropolregionen nicht weit von ländlicher Idylle. Anlässlich des diesjährigen 70. Landtags- und Landesgeburtstags haben wir Prominente aus NRW nach ihrem persönlichen Lieblingssort an Rhein und Ruhr gefragt und elf verschiedene Antworten bekommen (Seiten 6 und 7). Da zieht es die Kölnerin ins Oberbergische Land, den Düsseldorfer ins Ruhrgebiet oder die Sauerländerin nach Köln. Haben Sie auch einen Lieblingssort?

Sich in die Fluten stürzen, zügig Bahnen ziehen, ein bisschen plan-schen im kühlen Nass: Es gibt verschiedene Gründe dafür, warum es Menschen ins Wasser zieht. Eines ist den meisten gemein: Sie können schwimmen. Wer diese Grundkompetenz nicht beherrscht, hält sich meistens aus gutem Grund vom Wasser fern. Nicht umsonst sieht der Lehrplan in NRW vor, dass Kinder mit Verlassen der Grundschule schwimmen können sollen. Das ist aber längst nicht immer der Fall – Thema einer Anhörung im Sportausschuss (Seite 9). Wie die Abgeordneten dem begegnen wollen, lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Die Ankunft in Nordrhein-Westfalen mag für viele das Ende der Flucht bedeuten – gleichzeitig markiert sie erst den Anfang des Zusammenlebens hier. Wie kann es gelingen, Tausende, Zehntausende Menschen in unser Land, in unseren Alltag und in unsere Kultur, in unsere Arbeitswelt, in die Schulen und Kindergärten zu integrieren? Diese Fra-

gen waren Grundlage einer umfangreichen Anhörung von Sachverständigen in den Ausschüssen für Integration sowie für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Fachleute und Betroffenenvertretungen meldeten sich zu Wort, schrieben Stellungnahmen, beantworteten Fragen der Abgeordneten (Seiten 12 und 13).

Landesverfassung

Die nordrhein-westfälische Landesverfassung ist vor knapp 66 Jahren in Kraft getreten. Immer wieder gab es Änderungen, die im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordern. Vor rund zweieinhalb Jahren hat der Landtag eine Verfassungskommission eingesetzt, die das Dokument erstmals grundsätzlich unter die Lupe nehmen sollte, was so bleiben und was gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden sollte. Nun hat die Kommission ein Fazit gezogen und schlägt einzelne Änderungen vor (Seite 14).

Ein weiteres Thema in den Ausschüssen war eine mögliche Abschaffung des Bargelds. Die FDP- sowie die PIRATEN-Fraktion sehen im Vorstoß des NRW-Finanzministers, Barzahlungen auf 2.000 bis 3.000 Euro zu begrenzen, einen Einstieg ins ausschließlich bargeldlose Bezahlen. Unvorstellbar oder ganz praktisch? Was Expertinnen und Experten meinen, können Sie auf Seite 15 nachlesen.

SOW



Titelthema: Lieblingssorte

Prominente und „ihr“ Nordrhein-Westfalen 6-7

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 12. Mai 2016, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Aktuelle Stunde zum Flugverkehr 3

Meldungen 4

Übergriffe auf die Polizei 5

Gesetzgebung 8

Schwerpunkt

Wenn Kinder nicht schwimmen können 9

Schlag auf Schlag 10-11

Aus den Ausschüssen

Anhörung zur Integration 12-13

Die Vorschläge der Verfassungskommission 14

Experten zum Thema Bargeld 15

16-Jährige unter Tatverdacht 18

Aus den Fraktionen 16-17

Forum

Porträt: Marcel Hafke (FDP) 19

Kurz notiert 20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Start- und Zielort NRW

Aktuelle Stunde zur Entwicklung des Flugverkehrs

11. Mai 2016 – Die Zukunft der Flughäfen an Rhein und Ruhr stand im Mittelpunkt einer von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Anlass war ein Positionspapier der GRÜNEN, in dem diese u. a. die Ausweitung der Flugbewegungen am Flughafen Düsseldorf, dem größten in Nordrhein-Westfalen, ablehnen.

Für die FDP-Fraktion sagte [Christof Rasche](#), eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sei von größter Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens. Und da sich der Wettbewerb im internationalen Flugverkehr verschärfe, benötigten die Flughäfen „faire Bedingungen“, politische Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Vorschläge der GRÜNEN wie das „politische Veto“ gegen eine Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf seien dagegen ein „grobes Foulspiel“. Sie sorgten für Misstrauen. Wenn die SPD dieses „Foulspiel“ nicht beende, werde sie „weiter an Glaubwürdigkeit“ verlieren.

[Andreas Becker](#) (SPD) nannte den Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/11944](#)) „inhaltsleer“, das sei „kalter Kaffee“. Es gebe „keinen einzigen konkreten Vorschlag“ zum Thema Luftverkehr. Becker verwies darauf, dass das geplante Luftverkehrskonzept 2020 für Nordrhein-Westfalen vom nationalen Konzept der Bundesregierung abhängen. Dieses liege aber noch nicht vor. Erst dann sei aber die Landesregierung am Zug. Für seine Fraktion gelte als Leitlinie für die Regelung u. a., dass es einen vertretbaren Ausgleich der Interessen von Flughäfen, Kunden und Anwohnern geben müsse. Zudem habe sich das dezentrale Konzept in NRW bewährt.

Der Düsseldorfer Flughafen sei ein sehr großer Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor

in NRW, betonte [Klaus Vosssem](#) (CDU). Bevor man sich aber zu der vom Flughafen beantragten Ausweitung der Kapazitäten positioniere, müsse man das laufende Verfahren abwarten. Anstatt dies zu tun, provozierten die GRÜNEN Streit. Und der Koalitionskonflikt in der Flugverkehrspolitik stelle nur die „Spitze des Eisbergs“ dar, verwies er auf Meinungsunterschiede beim Bundesverkehrswegeplan und bei der Videoüberwachung im Nahverkehr. Vosssem rief die Ministerpräsidentin dazu auf, den „Streit“ zwischen den beiden Fraktionen zu beenden.

„Konzeptionelle Arbeit“

Keine einzige Statistik belege einen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein eines Flughafens und dem Wirtschaftswachstum im Land, argumentierte [Arndt Klocke](#) (GRÜNE). Zudem arbeite keiner der NRW-Regionalflughäfen Münster, Paderborn, Dortmund oder Weeze wirtschaftlich. Im Jahr 2008 sei das Luftverkehrskonzept des Bundes ausgelaufen, und ein neues lasse bisher auf sich warten. Solange dieses nicht vorliege, mache aber ein Landeskonzept keinen Sinn. Bis dahin sei es gutes Recht jeder Fraktion, konzeptionell am Thema Luftverkehr zu arbeiten. Die SPD verfahren bei anderen Themen genauso – zu Recht.

Die Landesregierung sei beim Luftverkehr völlig konzeptlos, sagte [Oliver Bayer](#) (PIRATEN). Nordrhein-Westfalens „anspruchsvolle Flughafenlandschaft mit stadtnahen Flughäfen und vielen Regionalflughäfen“ dürfe nicht weitere Jahre „mit einem Konzept hantieren, dessen Datenbasis aus den 90ern stammt“. NRW verfüge über die größte Flughafendichte Deutschlands, sechs der 20 größten Flughäfen lägen in NRW. Deshalb könne das Land nicht einfach warten, „bis Berlin oder Bayern irgendetwas festlegen“. Die PIRATEN-Fraktion habe bereits im August 2015 den Antrag „NRW braucht ein Luftverkehrskonzept“ gestellt.

Bürgerinnen und Bürger, „auch die lärmgeplagten“, hätten ein Recht auf die Garantie, dass sie vor Gericht gleichbehandelt werden, sagte Verkehrsminister [Michael Groschek](#) (SPD). Dies gelte auch für investitionswillige Unternehmen. Als Planfeststellungsbehörde werde das Land deshalb keine Zweifel zulassen, dass nur nach Recht und Gesetz entschieden werde. In Deutschland seien Genehmigungsverfahren jedoch zu „Marathonläufen“ geworden. Das sei „völlig unbefriedigend“. Gemeinsam mit anderen Verkehrsministern habe er an Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) appelliert, „den Genehmigungsdschungel zu lichten“. *sow, wib, zab*



Foto: Flughafen Düsseldorf



Junge Extremisten

11.5.2016 – Der Landtag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes ([Drs. 16/11892](#)) beraten. Bislang dürften personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger nur dann gespeichert werden, wenn die Betroffenen das 16. Lebensjahr vollendet haben, heißt es in dem Entwurf. Die Fraktion will die Altersgrenze auf 14 Jahre herabsetzen. Der Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen (Bericht Seite 18) habe gezeigt, „dass insbesondere bei militanten Islamisten eine fortschreitende Verjüngung des potenziellen Täterkreises zu beobachten ist, die ein Absenken dieser Altersgrenze erforderlich macht“. In der Debatte deutete sich eine breite Mehrheit zur Herabsetzung der Altersgrenze an. Die Landesregierung kündigte an, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion wurde an den Innenausschuss (federführend) sowie den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Wölfe in Nordrhein-Westfalen

11.5.2016 – Der Landtag hat sich mit der Rückkehr des Wolfs nach Nordrhein-Westfalen befasst. Hintergrund war ein Antrag der FDP-Fraktion („Möglichkeiten des Jagdrechts nutzen: Verbreitungsgebiete für Wölfe festlegen“, [Drs. 16/11901](#)). Die Rückkehr der Tiere sei ein „großer Erfolg des Natur- und Artenschutzes“, heißt es im Antrag. Allerdings berge sie auch Konfliktpotenzial. Dies habe die Landesregierung zwar erkannt. Der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz herausgegebene „Wolfsmanagementplan NRW“ enthalte jedoch „überbordende Bürokratie“, „unklare Zuständigkeiten“ und schaffe „teure Doppelstrukturen“ im Umwelt- und Naturschutz. Die FDP-Fraktion regt an, die Jägerinnen und Jäger stärker einzubinden. Sie fordert u. a., den Wolf als jagdbare Tierart bei gleichzeitiger Festsetzung einer ganzjährigen Schonzeit ins Landesjagdgesetz aufzunehmen. Zugleich sollten Verbreitungsgebiete festgelegt werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Klimaschutz,

Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

Bauen mit Holz

11.5.2016 – SPD und GRÜNE setzen sich in einem gemeinsamen Antrag dafür ein, beim Wohnungsbau mehr Holz einzusetzen („Nachhaltige Wohnungspolitik für die Menschen in NRW“, [Drs. 16/11891](#)). Nordrhein-Westfalen sei nach Baden-Württemberg und Bayern das drittgrößte „Holzbauland“, dennoch seien in NRW in den Jahren 2010 bis 2012 nur 11,6 Prozent der Baugenehmigungen für Mehr- und Einfamilienhäuser mit Holz als überwiegendem Baustoff erteilt worden. Der Bundesdurchschnitt habe bei über 18 Prozent gelegen. Holz sei ein „nachwachsender und somit auch nachhaltiger Baustoff“. Zudem könnten entsprechende Gebäude in relativ kurzer Zeit errichtet werden. Die Fraktionen regen u. a. an, bei städtebaulichen Wettbewerben und Auszeichnungen das Bauen mit Holz aufzugreifen. Der Antrag wurde angenommen.

Gegen Koran-Verteilung

12.5.2016 – Die FDP-Fraktion fordert, die „Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich“ zu unterbinden ([Drs. 16/11903](#)). Seit 2011 organisiere ein in Köln wohnender, „selbsternannter islamistischer Prediger“ eine Koran-Verteilungskampagne. Sie stehe unter dem Motto „LIES! Im Namen deines Herrn, der dich erschaffen hat“. Es habe sich der Verdacht erhärtet, dass mit der Kampagne um Mittel und Kämpfer für den „Islamischen Staat“ (IS) geworben werden soll, heißt es in dem Antrag. So sei beispielsweise im Dezember 2015 ein bundesweit agierender Salafistenprediger festgenommen worden, der längere Zeit an der LIES!-Kampagne mitgewirkt habe. Ihm werde u. a. vorgeworfen, Nachsichtgeräte für in Syrien kämpfende IS-Milizen erworben zu haben. Die Landesregierung solle prüfen, ob ein vereinsrechtliches Verbot der „LIES! GmbH“ und ähnlicher Organisationen in Betracht gezogen werden kann. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (fe-

derführend) sowie an den Integrations- und den Rechtsausschuss überwiesen.

Geld für Kitas

12.5.2016 – In erster Lesung hat das Plenum über einen Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes ([Drs. 16/11844](#)) beraten. Es geht um die sogenannte Kindpauschale in der Kindertagesbetreuung, also in Kitas und der Kindertagespflege. Der Entwurf sieht vor, dass der jährliche Dynamisierungsfaktor der Kindpauschalen befristet bis 2018/2019 auf 3 Prozent verdoppelt wird. Die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP haben einen gemeinsamen Antrag vorgelegt mit dem Titel „Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln!“ ([Drs. 16/11896](#)). Die weitere Beratung des Gesetzentwurfs und des Antrags erfolgt im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.

Signal an Großbritannien

12.5.2016 – In einem gemeinsamen Antrag sprechen sich SPD, CDU, GRÜNE und FDP für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union aus. Am 23. Juni 2016 entscheiden die Menschen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland in einem Referendum über den Verbleib ihres Landes in der EU. Die Fraktionen erinnern an die Entstehung NRW vor 70 Jahren durch die Entscheidung der damaligen britischen Besatzungsmacht. Vor dem Hintergrund der historischen Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien seien „unzählige Kontakte, Berührungs- und Begegnungspunkte der deutsch-britischen Freundschaft“ entstanden. Auch wegen der „flourierenden wirtschaftlichen Beziehungen“ wäre der sogenannte Brexit ein „schwerer politischer und wirtschaftlicher Verlust“ für NRW, aber auch für Europa, heißt es im Antrag. Großbritannien habe mit seinem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft im Jahr 1975 einen „Meilenstein in der europäischen Integrationsgeschichte“ markiert und sei heute ein „bedeutender und nicht wegzudenkender Pfeiler der Europäischen Union“.

PLENUM

Schutz für die, die schützen

Landtag debattiert über Angriffe auf Polizei

Theo Kruse (CDU / li.) und Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Fotos: Schälte

12. Mai 2016 – Sie sind Freund und Helfer der Bürgerinnen und Bürger. Oft aber werden sie bei ihrer Arbeit angepöbelt, beleidigt oder sogar attackiert. Über die Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten und einen wirksamen Schutz debattierte der Landtag nun in einer Aktuellen Stunde.

Dazu hatte die CDU-Fraktion einen Antrag ([Drs. 16/11945](#)) vorgelegt. Darin zitierte sie einen Medienbericht, demzufolge die Zahl der Übergriffe im vergangenen Jahr erneut deutlich gestiegen sei.

Theo Kruse sagte für die antragstellende CDU-Fraktion, nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei werde alle 67 Minuten ein Beamter an Rhein und Ruhr attackiert. Innerhalb von zehn Jahren sei die Zahl der Widerstandsdelikte um 48 Prozent gestiegen. Kruse betonte: „Diese Zahlen sind erschütternd und aus Sicht der CDU-Fraktion unerträglich.“ Der rot-grünen Koalition warf der CDU-Politiker Untätigkeit vor. Sie habe zahlreiche Anträge und Gesetzesinitiativen seiner Fraktion, die auf den Schutz der Beamten abgezielt hätten, wie die Einführung von sogenannten Bodycams, bislang abgelehnt.

Für die SPD erwiderte **Andreas Bialas**, die CDU streue den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. So sei die Zahl der verletzten Polizistinnen und Polizisten seit 2012 um mehr als 40 Prozent gesunken. Die Opposition müsse wahrnehmen, dass die Zahl „permanent sinke“. Das Land habe die Pflicht, seine Polizeibeamten so gut zu schützen, wie es gehe, wenn es sie Tag für Tag in gefährliche Einsätze schicke. Und Rot-Grün tue „eine Menge“ dafür, diesen Schutz zu gewährleisten. Dazu gehörten eine gute Ausrüstung, ein deeskalierendes Kom-

munikationsmodell sowie eine gute Vor- und Nachbereitung von Einsätzen.

Polizistinnen, Polizisten, Feuerwehrlaute und Rettungskräfte erwarteten mehr Rückhalt, auch von der Führung, sprach **Marc Lürbke** (FDP) den Innenminister an. „Wer seinen Kopf hinhält für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, verdient nicht nur mehr Wertschätzung, sondern auch bestmöglichen Schutz und Sicherheit.“ Die Botschaft müsse sein: In NRW Polizistinnen oder Polizisten anzugreifen, sei tabu. Wer es trotzdem tue, müsse die „unverzügliche Quittung des Rechtsstaats“ erhalten. Tatsächlich dauere dies aber nicht selten länger als ein Jahr, kritisierte Lürbke schleppende Strafverfahren.

„Deeskalation“

„Die Entwicklung ist seit Jahren besorgniserregend“, sagte **Verena Schäffer** (GRÜNE). Neue Straftatbestände und ein höheres Strafmaß hielt sie aber nicht für zielführend, weil eine daraus entstehende abschreckende Wirkung nicht nachgewiesen sei. Bei Bodycams gebe es Hinweise, dass sie deeskalierend wirken könnten und Einsatzkräfte sich sicherer fühlten. Schäffer sprach sich deshalb für einen Modellversuch unter strengen Datenschutzbedingungen und wissenschaftlicher Begleitung aus. Ziel sei eine faktenbasierte Bewertung, ob den Grundrecht-

seingriffen ein tatsächlicher Sicherheitsgewinn gegenüberstehe.

Die CDU-Fraktion setze in ihrem Antrag ausschließlich auf „verschärfte Repression“, sagte **Dirk Schatz** (PIRATEN). Dies verändere aber nichts. Polizistinnen und Polizisten müssten vor allem entlastet werden. Sie hätten immer mehr Einsätze zu schultern, die Zahl der Krankheitsfälle steige. Dies sei ein Teufelskreis. Schatz bezweifelte, dass die Angriffe auf Sicherheitskräfte tatsächlich stark zugenommen hätten. Möglicherweise sei der Anstieg der Fallzahlen auch auf geänderte Erfassungsmodalitäten in der Polizeilichen Kriminalstatistik zurückzuführen. Ein geändertes Anzeigeverhalten sei ebenfalls denkbar.

Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) kündigte einen Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen an, der den versuchsweisen Einsatz sogenannter Bodycams ermöglichen soll. Fünf Polizeibehörden in NRW – in Ballungszentren und ländlichen Gegenden – sollen mit rund 200 Schulterkameras ausgestattet werden. Der Einsatz werde in alltäglichen Einsatzsituationen erfolgen, zum Beispiel bei Fällen häuslicher Gewalt. Etwa ein Viertel der Übergriffe auf Einsatzkräfte passiere bei diesen Einsätzen. Der Versuch solle wissenschaftlich begleitet werden, um Erkenntnisse über die Wirksamkeit der Kameras zu gewinnen.

sow, zab, wib

Andreas Bialas
(SPD)

Marc Lürbke
(FDP)

Verena Schäffer
(GRÜNE)

Dirk Schatz
(PIRATEN)



Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident und Jubiläums-Festredner am 5.10.16 im Landtag:

„... die Jahrhunderthalle in Bochum, weil sie nicht nur ein eindrucksvolles Zeugnis der Industriearchitektur ist, sondern nach ihrer Transformation zum Festspielhaus der Ruhrtriennale zugleich ein Symbol für den Strukturwandel im Ruhrgebiet.“



Foto: Achim Melde/Deutscher Bundestag

Foto: sehbaer_nrw - fotolia.com



Dr. Simone Bagel-Trah, Aufsichtsratsvorsitzende der Henkel AG:

„... das Benrather Schloss (einer meiner Lieblingsplätze), weil es mit seinem einzigartigen Ensemble aus Lustschloss und Parkanlage ein echtes Kleinod darstellt. Die Verbindung aus architektonischer Kunst, Museen und der Natur – mit einem öffentlich zugänglichen, barocken Park – macht es zu einem ganz besonderen großstädtischen Freizeitziel.“

Foto: Henkel AG & Co. KGaA



Foto: Eduard Shelesnjak - fotolia.com



Mariele Millowitsch, Schauspielerin:

„... die deutsche Antwort auf die Toskana: das Oberbergische Land. Dort kann ich mit Luigi (ihrem Hund, Anmerk. der Red.) stundenlang durch die Natur laufen und mich richtig gut erholen.“

Foto: Ilona Klimek

Foto: mitifoto - fotolia.com

Foto: Pavlo Vakhrushev - fotolia.com

Dunja Hayali, Journalistin:

„... bei den Menschen, weil sie das Herz auf der Zunge tragen. Ehrlich, ohne Schnick-Schnack.“



Foto: Jennifer Fey



Nena, Sängerin:

„... zum Beispiel das Freilichtmuseum in Hagen, weil es dazu beiträgt, dass altes Handwerk nicht in Vergessenheit gerät.“

Foto: Alexander-Huseby

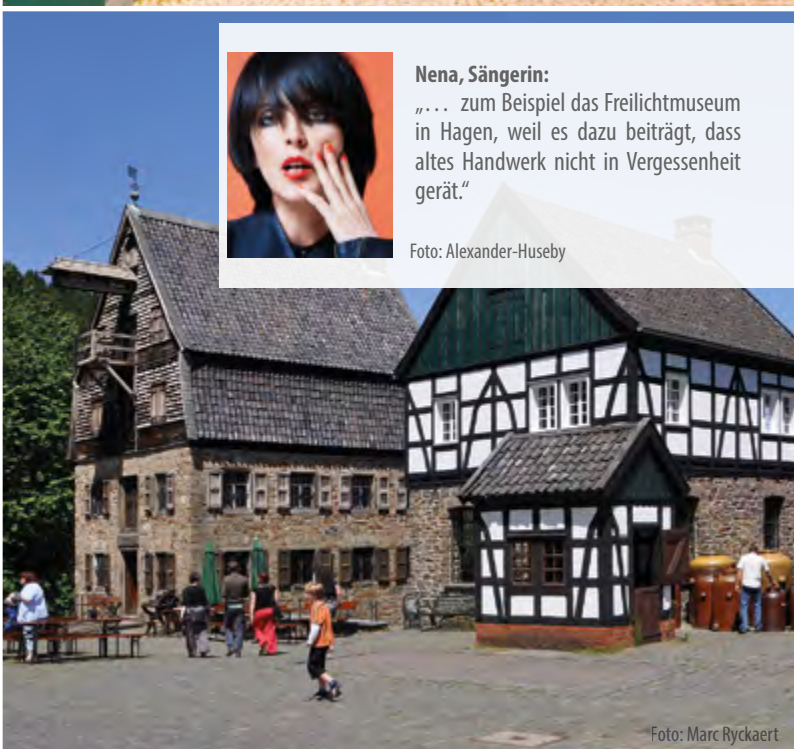
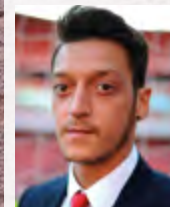


Foto: Marc Ryckaert

Foto: Tommy Windecker - photocase.com



Mesut Özil, Fußballspieler:

„... für mich der Affenkäfig, ein Bolzplatz in Gelsenkirchen. Hier bin ich aufgewachsen und habe das Fußballspielen gelernt. Der Affenkäfig ist für mich mein Lieblingsplatz, weil man sich dort versteht, egal woher man kommt.“



Wolfgang Niedecken, BAP-Frontmann:
 „... die Kölner Südbrücke, weil sie das Symbol meines Fernwehs ist. Köln ist mein Heimathafen, von dem ich gerne aufbreche und wohin ich immer wieder gerne zurückkehre.“

Foto: Tina Niedecken

Foto: Blacky - fotolia.com



Cornelia Funke, Kinder- und Jugendbuchautorin:

„... das Schloss Hülshoff. Eine Burg, die sich im Wasser spiegelt – da schlüpft man auf der Stelle in ein Märchenbuch, vor allem, da Westfalens Burgen nicht mehr kriegerischen Zwecken dienen müssen und aufs Verwunschenste zuwachsen dürfen. Dass diese Burg auch noch die Heimat einer brillanten und rebellischen Dichterin war, deren Handschrift man immer noch auf einer ihrer Fensterscheiben entdecken kann – viel mehr kann man sich eigentlich von einem Ort nicht wünschen, oder?“

Foto: Dressler/
Jörg Schwalfenberg

Foto: Lars Paege – fotolia.com

Mein Lieblingsplatz ist ...

Nicht nur der Landtag, auch das Land Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag. Zeit, sich das „Bindestrich-Land“ einmal genauer anzusehen. Wo ist es am schönsten? Wir haben elf Prominente nach ihrem Lieblingsort in NRW gefragt und bekamen Antworten aus Politik und Wirtschaft, Sport, Kultur und Medien.

Und welcher ist Ihr persönlicher Lieblingsort in NRW? Schreiben Sie uns: Landtag Nordrhein-Westfalen, Pressestelle, Stichwort: „Lieblingsort“, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf oder email@landtag.nrw.de. Eine Auswahl der Zusendungen veröffentlichen wir in Landtag Intern. *sow*



Wer teilnimmt, erklärt sich mit der Nutzung und Speicherung seiner Daten für die Durchführung der Leserbefragung und mit der Veröffentlichung seines Namens, seines Wohnorts und seiner Begründung zum Lieblingsort in einer der nächsten Ausgaben von Landtag Intern einverstanden. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Daten werden im Anschluss an die Veröffentlichung, spätestens mit Ablauf des Jahres 2016, gelöscht.



Foto: animafiora - fotolia.com



Björn Freitag, Koch:

„... die Dorstener Schleuse. Schon als Kind fand ich es faszinierend, die gewaltigen Wassermassen zu beobachten. Sie liegt inmitten von traumhaften Grünflächen direkt an meiner Joggingstrecke. Hier kann ich Luft holen und den Kopf frei kriegen. Und immer noch bin ich beeindruckt von dem Schauspiel, wenn sich die monströsen Tore öffnen.“

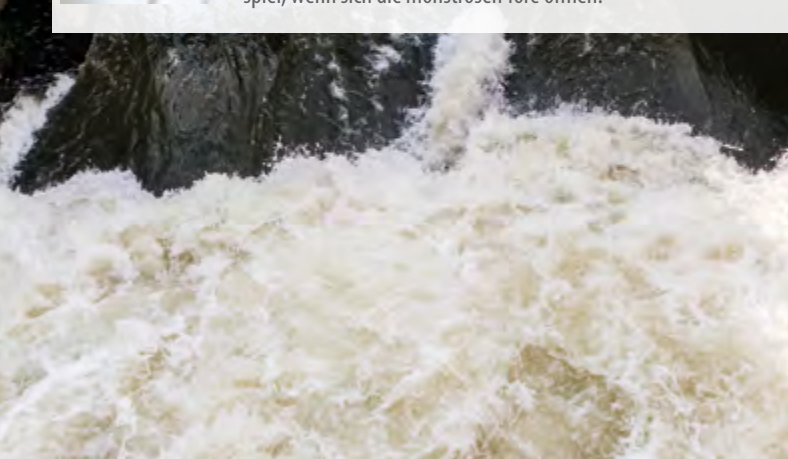


Foto: Susanne Grüger-Breuckmann

Manni Breuckmann, Sportjournalist:

„... auch nach all den Jahren die Kanal-Landschaft rund um den Dattelner Hafen, weil dort am sogenannten Dattelner Meer, dem Treffpunkt von drei Binnenwasserstraßen, die Ruhe und die reine Idylle zu Hause sind.“



Foto: sehbaer_nrw - fotolia.com

Foto: Horsch, Willy - CC BY 3.0

Birgit Schrowange, Moderatorin:

„... ein kleiner, zwischen Bäumen versteckter Weiher im Kölner Stadtwald, weil man hier wunderbar dem Großstadtrubel entfliehen kann und man das Gefühl hat, mitten in der Natur zu sein.“



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11892](#) | CDU | 1. Lesung am 11.5.2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [Drs. 16/11251](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11.5.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11843](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11.5.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungs-gesetzes | [Drs. 16/11845](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11.5.2016 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) und [Drs. 16/11906](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11.5.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG) | [Drs. 16/9805](#) | CDU | 2. Lesung am 11.5.2016 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und weiterer landeswahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/11642](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11.5.2016 | angenommen

Gesetz zur überbrücken- den Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung | [Drs. 16/11844](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 12.5.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs.16/10379](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10380](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/10799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/11153](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | / Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Wenn Kinder nicht schwimmen können

Sachverständigen-Anhörung im Sportausschuss

26. April 2016 – Nach dem Ende der Grundschulzeit sollten Kinder schwimmen können – so sieht es der Lehrplan in Nordrhein-Westfalen vor. Tatsächlich aber könne dies rund ein Drittel der Kinder nach der 4. Klasse nicht, kritisiert die FDP-Fraktion und fordert die Landesregierung zum Handeln auf. SPD und GRÜNE halten dagegen: Die Schwimmbildung genieße im Land einen hohen Stellenwert. Im Sportausschuss haben sich Sachverständige zum Thema geäußert.

Die Landesregierung müsse sicherstellen, dass die gesteckten Ziele erreicht werden, heißt es im Antrag der FDP-Fraktion („Sicheres Schwimmen kann Leben retten – Schwimmfähigkeit am Ende der Grundschulzeit überprüfbar definieren“, [Drs. 16/10293](#)). Zudem solle sie die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler nach der Grundschulzeit zentral erheben und auswerten. Schwimmen sei eine „Grundfertigkeit, die besonders für das Überleben am und auf dem Wasser wichtig ist“. Allein im Jahr 2014 seien in NRW 49 Menschen ertrunken.

Die Schwimmbildung sei in NRW ein „verbindlicher und integraler Bestandteil der Kernlehrpläne Sport“ und genieße einen hohen Stellenwert, betonen SPD und GRÜNE in ihrem Entschließungsantrag ([Drs. 16/10481](#)). Die Landesregierung unternehme „gemeinsam mit mehreren Partnern große Anstrengungen, zusätzlich zum obligatorischen Schwimmunterricht die Schwimmfähigkeit eines jeden Kindes zu verbessern und zu sichern“. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, das Programm „NRW kann schwimmen“ zu verlängern und dabei die „besondere Situation neu zugewanderter und geflüchteter Kinder“ verstärkt zu berücksichtigen.

häufiger Nichtschwimmer, berichteten Philipp Knappmeyer (Stadt Minden), Claudia Ledzbor (Stadt Hilden) und Simone Osygus (Schwimmabteilung SV Bayer Wuppertal) in ihren Stellungnahmen.

Ähnlich äußerte sich Prof. Dr. Theodor Stemper, Sportwissenschaftler an der Bergischen Universität Wuppertal, in seiner schriftlichen Stellungnahme: „Je höher der soziale Handlungsbedarf, umso geringer die Quote der Schwimmfähigen.“ Eine zentrale Rolle spiele dabei das fehlende elterliche Engagement und Interesse „aufgrund biografischer und kultureller Prägungen“. Dies sei vorwiegend bei Migranten aus muslimischen und zentralafrikanischen Ländern der Fall. Stemper und andere empfahlen die Bildung von Netzwerken – bestehend zum Beispiel aus Kommunen, Bädern, Schwimmvereinen, Kinderärzten, Kitas und Schulen. Auch bei Elternabenden und Informationsveranstaltungen könne das Thema angesprochen werden. Hilfreich wäre es zudem, die Schwimmfähigkeit am Ende der Grund-

schulzeit auf dem Zeugnis zu dokumentieren. Kinder könnten schwimmen, wenn sie die Anforderungen des Jugendschwimmabzeichens in Bronze erfüllten (Anmerkung: Sprung vom Beckenrand und mindestens 200 Meter Schwimmen in höchstens 15 Minuten, einmal ca. 2 Meter Tieftauchen von der Wasseroberfläche mit Heraufholen eines Gegenstands, Sprung aus 1 Meter Höhe oder Startsprung, Kenntnis der Baderregeln). Andere Sachverständige teilten diese Einschätzung. Roland Kettler, Geschäftsführer der Bädergesellschaft Düsseldorf: „Erst mit dem Schwimmabzeichen Bronze gilt ein Schüler als sicherer Schwimmer.“

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Vielfältige Gründe

Es existiere keine einheitlich anerkannte Definition des Begriffes „Schwimmfähigkeit“, erklärte Dr. Dirk Hoffmann vom Institut für Sport- und Bewegungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Es stimme aber, „dass nicht alle Kinder zum Ende ihrer Grundschulzeit die im Lehrplan Sport an Grundschulen für NRW definierten Ausbildungsziele im Schulschwimmen erreichen“. Die Gründe dafür seien vielfältig und unterschieden sich von Kommune zu Kommune. Hoffmann nannte in seiner schriftlichen Stellungnahme u. a. fehlende Schwimmstätten, aufwendige Schülerbeförderung und mangelnde Qualifikationen der Lehrkräfte, aber auch soziale und kulturelle Hintergründe. Ein „erhöhtes Aufkommen von Nichtschwimmern“ zeige sich bei Kindern aus dem Vorderen Orient, aus Südost-Europa und Afrika. Andere Sachverständige bestätigten diese Beobachtung. Kinder aus sozial schwachen Einzugsgebieten sowie mit Migrationshintergrund seien

Foto: Schälte



Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Schwimmen lernen“



Rainer Bischoff
(SPD)



Holger Müller
(CDU)

Der Schwimmunterricht an Schulen ist ...

... die Basis, um sicher schwimmen zu lernen. Der Schwimmunterricht sollte in Abstimmung mit Vereinen, Verbänden und Kommunen angeboten werden. Dabei gilt: je früher, desto besser.

... so zu organisieren, dass nach der Grundschulzeit alle Kinder schwimmen können.

Kinder mit Migrationshintergrund ...

... benötigen eine besondere Beachtung beim Erlernen des Schwimmens. Insbesondere Mädchen ist das Schwimmen aufgrund ihrer kulturellen Herkunft häufig fremd. Für sie muss der Schwimmunterricht deshalb besonders sensibel gestaltet werden.

... oder aus sozial schwächeren Gesellschaftsgruppen haben tendenziell weniger Schwimm-erfahrung vor der Grundschulzeit. Hier muss besonders gegengesteuert werden.

Die Rolle der Eltern ...

... ist entscheidend bei der Gewöhnung der Kinder an das Wasser und bei einem spielerischen Umgang beim Schwimmen. Wir müssen verhindern, dass Schwimmbäder für Kinder nur noch als Ort des Prüfens wahrgenommen werden. Schwimmen macht Spaß!

... ist wie immer von entscheidender Bedeutung. Eltern sind die ersten Ansprechpartner, die ihren Kindern das Schwimmen spielerisch näherbringen. Das sollte im Idealfall schon vor der Grundschule passieren.

Die Zusammenarbeit z. B. mit Vereinen ...

... und auch mit vielen weiteren kommunalen Akteuren wie Kitas, Bäderbetrieben oder Schulärzten ist essentiell wichtig, um ein nachhaltiges und funktionierendes Netzwerk für den Schwimmunterricht aufzubauen.

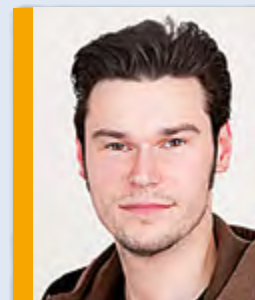
..., Kitas, Schulen, Sportämtern, Stadtämtern, Kreissportämtern und Badbetreibern muss weiter verstärkt werden, um das Ziel des frühzeitigen Schwimmens zu gewährleisten. Auch über das Schwimmenlernen hinaus sind diese Kooperationen wertvoll, um das Erlernte zu festigen.



Josefine Paul
(GRÜNE)



Dr. Björn Kerbein
(FDP)



Lukas Lamla
(PIRATEN)

... richtigerweise fest im Lernplan verankert. So ist sichergestellt, dass alle Kinder in NRW die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Mit dem Landesprojekt „NRW kann schwimmen“ unterstützt die Landesregierung darüber hinaus gezielt Schwimmkurse in den Ferienzeiten. So konnten bis 2015 mehr als 16.000 Schülerinnen und Schüler in rund 2.100 Kursen die Schwimmfähigkeit erlangen.

... Grundfertigkeit und sollte am Ende der Grundschulzeit von allen Kindern sicher beherrscht werden. Das ist in NRW bei weitem nicht der Fall. Schwimmen können darf keine Frage der Herkunft sein. Das Problem muss endlich angepackt werden. Nur in der Schule erreichen wir jedes Kind und können den Lernerfolg überprüfen. Dazu hat die FDP eine Initiative in den Landtag eingebracht.

... eine ganz wichtige Möglichkeit, allen Kindern ein gewisses Maß an Schwimmfähigkeit anzueignen. Leider arbeiten an den Grundschulen in NRW zu wenige Sportlehrkräfte, um einen flächendeckenden Schwimmunterricht gewährleisten zu können. Hier ist es an der Landespolitik, mehr finanzielle Mittel für Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

... sind eine der Zielgruppen, die wir verstärkt in den Blick nehmen. Ebenso wie Kindern aus wirtschaftlich schwachen Schichten fehlt es ihnen besonders häufig an der sogenannten schwimmerischen Sozialisation. Sie haben zum Beispiel oft nicht die Möglichkeit zu regelmäßigen Schwimmbadbesuchen. Entsprechend braucht es für sie niedrigschwellige Angebote für die sogenannte Wassergewöhnung.

... können in Deutschland leider seltener schwimmen als der Rest der Bevölkerung. Bei einer im Notfall lebenswichtigen Fähigkeit darf die Politik das nicht einfach so akzeptieren. Hier brauchen wir Aufklärung und Sensibilisierung der Eltern sowie einen qualitativ hochwertigen Schwimmunterricht in den Grundschulen. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass Schulen bestehende Vorgaben einhalten können.

... bedürfen besonderer Förderungen, um ihnen die Möglichkeiten von schulischen und außerschulischen Sportangeboten, auch zum Erlernen der Schwimmfähigkeit, aufzuzeigen. Die Angebote müssen auch bis zu den Kindern mit Migrationshintergrund vordringen. Hier gilt es, sprachliche und kulturelle Hürden zu überwinden.

... ist sehr wichtig. Gerade wenn sie selbst schlechte oder gar keine Schwimmerinnen und Schwimmer sind, müssen sie überzeugt werden, wie wichtig es für ihre Kinder ist, Schwimmen zu können. Dazu muss man sie gezielt ansprechen und informieren. Die Netzwerke „Schwimmen lernen“ in den Kommunen binden deshalb die Eltern häufig direkt ein und halten sie auch über die Fortschritte ihrer Kinder auf dem Laufenden.

... kann nicht hoch genug bewertet werden. Schwimmende Eltern haben in der Regel schwimmende Kinder. Auch Eltern tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder schwimmen lernen. Wenn Eltern jedoch Nichtschwimmer sind, sind Ermutigung, Aufklärung und qualitativ hochwertiger Schwimmunterricht umso notwendiger.

... kann nicht von der Politik vordiktiert werden. Jede Mutter und jeder Vater hat selbst die Freiheit, darüber zu entscheiden, für welche Bewegungs- und Freizeitaktivitäten sie ihre Kinder begeistern. Aufgabe der Landespolitik muss es sein, Kommunen finanziell so auszustatten, dass diese einen flächendeckenden Schwimmunterricht im Schulsport anbieten können.

... hat einen sehr hohen Stellenwert. In vielen Kommunen unterstützen Vereine das Schwimmen lernen durch ihre fachliche Kompetenz beim Schwimmunterricht, aber auch durch Angebote im Offenen Ganztage und in den Schulferien. Durch das Zusammenwirken von Schule und Vereinen stellen wir in NRW – unterrichtlich und außerunterrichtlich – ein flächendeckendes Angebot zum Schwimmen lernen sicher.

... und anderen lokalen Netzwerkpartnern ist von großer Bedeutung für den Erfolg des Schwimmunterrichts. In der Praxis zeigt sich, dass die Schulen mit der aktuellen Ausstattung nicht flächendeckend in der Lage sind, Kindern das Schwimmen beizubringen. Umso wichtiger ist, dass Partner vor Ort Hand in Hand zusammenarbeiten. Aber die Landesregierung muss die Beseitigung struktureller Defizite forcieren.

... muss unter der Prämisse, Potenziale des Sports für die Allgemeinheit zu nutzen, institutionell gefördert werden. Entscheidend dabei ist eine Landesförderung zur kommunalen Steuerung. So können Sportvereine, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Schwimmbadbetreiber von den Sportämtern zusammengebracht werden und Angebote entwickeln.

Integration: Sieben Anträge

Gemeinsame Anhörung zweier Fachausschüsse im Plenarsaal

Darum geht es

Gegenstand der Anhörung war ein „[Integrationsplan für NRW](#)“, mit dem SPD und GRÜNE einen Rahmen für weitere Maßnahmen der kommenden Monate und Jahre abstecken wollen. Folgende Eckpunkte sind Teil des Konzepts:

- **Leitbild:** NRW als Einwanderungsland mit unverhandelbaren Werten wie Menschenwürde, Respekt und Toleranz, Gleichstellung, Religions-, Presse- und Meinungsfreiheit
- **Erste Schritte:** Integrationskurse zur Vermittlung von Sprache und Grundwerten; „Basispaket Verbraucherinformationen“
- **Gesundheit:** flächendeckender Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte; besseres Dolmetscher-Angebot für die psychologische Betreuung und Traumabehandlung
- **„Null Toleranz bei Straftaten“:** Stärkung der Inneren Sicherheit; Rechtskundeunterricht für jugendliche Zugewanderte; verstärkte Einbindung von Migrantenselbstorganisationen bei der Integration
- **Schutzbedürftige Gruppen:** Rückzugs- und Schutzräume sowie kultursensible Unterbringung für Frauen, Flüchtlinge mit Behinderungen sowie Menschen mit sexueller Orientierung, die im Heimatland nicht geduldet wird
- **Schule:** Nach zusätzlichen 1.300 Willkommensklassen soll der Fokus auf dem gemeinsamen Lernen in der Regelschule liegen, um schulische und gesellschaftliche Integration zu forcieren. Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte mit dem Fokus heterogener Schülergruppen; interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung; Ausweitung von „Deutsch als Zweitsprache“; Maßnahmen, um auch nach Ende der Schulpflicht Abschlüsse zu ermöglichen
- **Weiterbildung:** Ausbau der Bildungs- und Weiterbildungsangebote mit den Schwerpunkten Grundbildung, Alphabetisierung und Kulturbildung, um eine Anbindung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen
- **Ausbildung:** spezielle Einstiegsprogramme; Aufenthaltsrecht während der Ausbildung und der ersten zwei folgenden Berufsjahre; pragmatische Ansätze und Flexibilität bei der Bundesagentur für Arbeit
- **Arbeit:** modulare Aus- und Weiterbildungen, die vorhandene Kenntnisse berücksichtigen; Ausweitung des sozialen Arbeitsmarkts
- **Wohnen:** mehr sozialer Wohnungsbau; Integrationsmöglichkeiten von Flüchtlingen im Bauhandwerk
- **Sport als Integrationsmotor**
- **Kultur und Medien:** Ausbau der Breiten- und Laienkultur
- **Rassismus-Prävention**
- **Bund, Land und Kommune** sollen als gemeinsame Akteure an einem Strang ziehen. Gefordert werden auch Anstrengungen des Bundes:
 - **Kindertagesstätten:** Forderung einer „Integrationsoffensive Kita“ des Bundes für mindestens 80.000 zusätzliche Kitaplätze und 20.000 zusätzliche Stellen
 - **Hochschule:** Forderung von finanziellen Mitteln, um studierfähige Flüchtlinge zu unterstützen und Studienabbrüche zu vermeiden; Lockerung von bisherigen Zugangsbeschränkungen; Ansprechpersonen an der Hochschule

Neben dem Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen lagen weitere Anträge als Diskussionsgrundlage für die Anhörung vor, die jeweils einzelne Aspekte betreffen: ein Änderungsantrag der PIRATEN ([Drs. 16/11318](#)), ein Antrag der CDU ([Drs. 16/11225](#)), ein Entschließungsantrag der FDP ([Drs. 16/11299](#)), zwei Anträge der PIRATEN ([Drs. 16/11218](#) und [Drs. 16/9588](#)) sowie ein weiterer Antrag der CDU ([Drs. 16/11434](#)).

27. April 2016 – Mehr als 30 Sachverständige, umfangreiche und detaillierte Stellungnahmen, viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Plenarsaal: In einer gemeinsamen Anhörung des Integrationsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales ging es erneut um die Integration von Flüchtlingen. Allein im vergangenen Jahr waren nach Angaben der Landesregierung rund 330.000 Schutzsuchende nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

Sieben Anträge der Fraktionen lagen den Beratungen zugrunde, darunter der von Rot-Grün vorgelegte „Integrationsplan für NRW“ (Eckpunkte links). Zuvor hatten sich bereits 16 Fachausschüsse mit den sie betreffenden Themen befasst. Im Mittelpunkt der fünfstündigen Anhörung standen nun u. a. die Integration vor Ort als Aufgabe für Kommunen, Bund und Land, die Sprach- und Wertevermittlung sowie Ausbildung und Arbeit. Landtag Intern stellt Auszüge aus den schriftlichen Stellungnahmen vor.

Grundvoraussetzung von Integration sei das Erlernen der deutschen Sprache, heißt es in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund): „Gerade Migranten, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie einen Aufenthaltstitel bekommen, sollten noch während des Asylverfahrens an entsprechenden Sprach-



und viele Fachleute

kursen teilnehmen können.“ Wichtig seien zudem Betreuungsangebote für Kinder, um sie früh mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut zu machen. Ein weiteres Ziel müsse sein, „Begegnungen zwischen Flüchtlingen, Asylbewerbern und sonstigen Personen mit Migrationshintergrund mit der ortsansässigen Bevölkerung zu organisieren“. Dies sei eine „zentrale Kulturaufgabe“. Die Arbeitsgemeinschaft geht davon aus, dass die Kommunen bundesweit etwa 10 Milliarden Euro jährlich für die Integration aufbringen müssen. Dies könnten sie alleine nicht schultern. Erforderlich sei ein „Gesamtfinanzierungspaket, das Planungssicherheit schafft“.

Von großer Bedeutung sei die Integration der Flüchtlinge in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, so die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit. Sie berichtet in ihrer Stellungnahme u. a. über das Modellprojekt „Early Intervention“. Dabei seien Asylbewerberinnen und -bewerber „bereits während des laufenden Asylverfahrens und vor Ablauf der dreimonatigen Arbeitsverbotsfrist in Prozesse und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration einbezogen“ worden. Durch eine frühzeitige Ansprache „erreichen die Agenturen für Arbeit und Jobcenter Flüchtlinge mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit und stellen die Weichen für einen erfolgreichen Berufseinstieg“.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Jobcenter vermisst in den Anträgen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN Hinweise auf die „Schlüsselrolle der Jobcenter“. Sie seien

„häufig die ersten Institutionen, die anerkannten Geflüchteten konkrete Angebote für Sprachkurse, Arbeitsgelegenheiten und Aktivierungsmaßnahmen in Kombination mit Sprachmodulen machen“. Die Jobcenter seien für diese Aufgaben jedoch unzureichend ausgestattet.

Fehlende Sprachkenntnisse seien das größte Hemmnis, Flüchtlinge einzustellen, heißt es in der Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Erste Erhebungen deuteten darauf hin, dass bei den Deutschkenntnissen „noch erheblicher Qualifizierungsbedarf besteht“. Deshalb sei es wichtig, „sprachliche und fachliche Qualifikationen verpflichtend in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erfassen“. Sinnvoll sei außerdem, das Angebot berufsbezogener Sprachkurse weiter auszubauen.

Parlamentarischer Prozess

In der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW heißt es: „Besonders begrüßenswert ist die Tatsache, dass die aktuellen Herausforderungen bei Integration und Teilhabe von Zugewanderten vom Landtag in einem parlamentarischen Prozess aufgenommen werden, um diese Aufgabe in einem von allen Parteien getragenen Konzept umzusetzen“. Bedauerlich sei jedoch, dass die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege nicht erwähnt wurden. Die Arbeitsgemeinschaft kritisierte darüber hinaus

„die Betonung der Förderung von Flüchtlingen mit einer guten Bleibeperspektive“. Dies sei eine Ungleichbehandlung.

Der Landesintegrationsrat begrüßt das Vorhaben der Regierungsfractionen, einen Integrationsplan für Flüchtlinge aufzulegen. Allerdings stelle sich die Frage, ob ein solcher Plan nicht auch für die seit langem in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten erforderlich sei. Für sie bestehe in vielen Bereichen nach wie vor keine Chancengleichheit: „Die nicht zufriedenstellende Situation dieser Menschen darf in Betracht des Kümmerns um Flüchtlinge nicht vergessen werden.“

Das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (Universität Duisburg-Essen) kritisiert in seiner Stellungnahme die Dauer der Anerkennungsverfahren. Sie könne sich „zu einer deutlichen Integrationsbremse auswachsen“. Auch seien mit Blick auf die Berufsintegration mehr fachsprachliche Angebote nötig.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe hielt u. a. die sprachliche Unterstützung von Ärzten und Patienten für erforderlich. Der Zugang zu professionellen Dolmetscherdiensten sollte verbessert, die Finanzierung eindeutig geregelt sein.

zab

Foto: Schälte

November 2015
43.548

Dezember 2015
26.315

Januar 2016
19.359

Februar 2016
15.715

März 2016
4.422

16 Änderungsvorschläge zur Verfassung

Kommission präsentiert Ergebnisse ihrer Beratungen

9. Mai 2016 – Die interfraktionelle Kommission zur Reform der nordrhein-westfälischen Verfassung hat nach intensiven Beratungen in 16 Punkten Änderungen bzw. Ergänzungen der Verfassung vorgeschlagen. In den übrigen Punkten hat die Kommission keinen Handlungsbedarf gesehen oder konnte nicht mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit eine Verständigung erzielen – z. B. beim Wahlrecht für 16-Jährige. Mit den Vorschlägen wird die umfassendste Reform seit Inkrafttreten der Landesverfassung 1950 auf den Weg gebracht.

Die Verfassungskommission schlägt vor, den Parlamentarismus zu stärken. Zu diesem Zweck werden allgemeine Parlamentsinformationsrechte und Beteiligungsrechte des Landtags in EU-Angelegenheiten in der Verfassung verankert. Alle Verfassungsrichter sollen in Zukunft durch den Landtag gewählt werden, wie es mittlerweile in fast allen Bundesländern üblich ist (Artikel 76).

Das politische Leben soll für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden. Zu diesem Zweck sollen die Aufgaben des Landtags, die Funktionen der Fraktionen, die Aufgaben der Abgeordneten und die Landtagsausschüsse in der Verfassung benannt werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die verfassungsrechtlichen Abläufe effizienter zu gestalten. Zu diesem Zweck werden die Auflösung des Landtags und die parlamentslose Zeit neu geregelt, und es wird das Amt des Alterspräsidenten neu eingeführt. Er soll nach dem Zusammentritt eines neuen Landtags den Vorsitz führen, bis der neu gewählte Präsident oder die neu gewählte Präsidentin oder eine der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter das Amt übernimmt.

Schließlich soll die Verfassung an einigen Stellen modernisiert werden. Dazu gehören die Vorschläge, den Amtseid der Landesregierung (Artikel 53) der Gegenwart anzupassen und die Ministeranklage (Artikel 63), das Gegenvorstellungsrecht der Landesregierung (Artikel 67) sowie das Recht der Landesregierung, einen vom Landtag abgelehnten Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen (Artikel 68 Absatz 3), zu streichen.

Die Kommission zur Reform der nordrhein-westfälischen Verfassung wurde am 11. Juli 2013 eingesetzt. Ihr Auftrag besteht darin, unter Hinzuziehung von externen Expertinnen und Experten die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen im dritten Teil systematisch zu überprüfen

und dem Landtag Ergänzungs- und/oder Streichungsvorschläge für eine moderne, zukunfts-fähige Verfassung zu unterbreiten.

Vorschläge erwünscht

Mit dem Termin am 9. Mai 2016 wurden die Vorschläge der Verfassungskommission der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese hat nunmehr die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht nur möglich, sondern erwünscht. Am Ende wird die Verfassungskommission die Vorschläge für eine Verfassungsänderung beschließen und einen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegen.

Kontakt zur Kommission:

Landtag NRW

Verfassungskommission

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

E-Mail: verfassungskommission@landtag.nrw.de

www.verfassungskommission.landtag.nrw.de

red

Bewertungen

Sprecher aller Fraktionen lobten die Zusammenarbeit innerhalb der Kommission. Es sei „intensive und anspruchsvolle Arbeit“ geleistet worden, sagte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). Er bezeichnete die Verfassung als „Betriebssystem der Demokratie in Nordrhein-Westfalen“ und äußerte die Hoffnung, bei weiteren Themen Einigkeit zu erzielen. Bei 16 der insgesamt 38 Beratungspunkte sei das geschehen, sagte [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) und sicherte weiter Gesprächsbereitschaft zu. Man habe viel erreicht, manches liege noch „im politischen Korb“. „Ich würde nichts vorschnell für gescheitert erklären“, sagte er. Eine Einigung in 16 Punkten sei schon ein großer Fortschritt, befand auch [Stefan Engstfeld](#) (GRÜNE). Er begrüßte die Bereitschaft, weitere Gespräche zu führen und nannte dabei vor allem eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Man habe „nicht nur Verfassungsästhetik betrieben“, sondern bei den Parlamentsrechten „Pflöcke eingeschlagen“, sagte [Dr. Ingo Wolf](#) (FDP). Dennoch sei die Freude nicht überschäumend, weil einige Punkte wie die Individualverfassungsbeschwerde offen geblieben seien. [Torsten Sommer](#) (PIRATEN) hob die „kollegialen und konstruktiven Diskussionen“ hervor, kritisierte jedoch mangelnde „Strahlkraft“ der Vorschläge. Sie bezögen sich vor allem auf „innerparlamentarische Mechanik“. Auch er bedauerte, dass es beim Wahlalter zu keiner Einigung gekommen sei.

zab

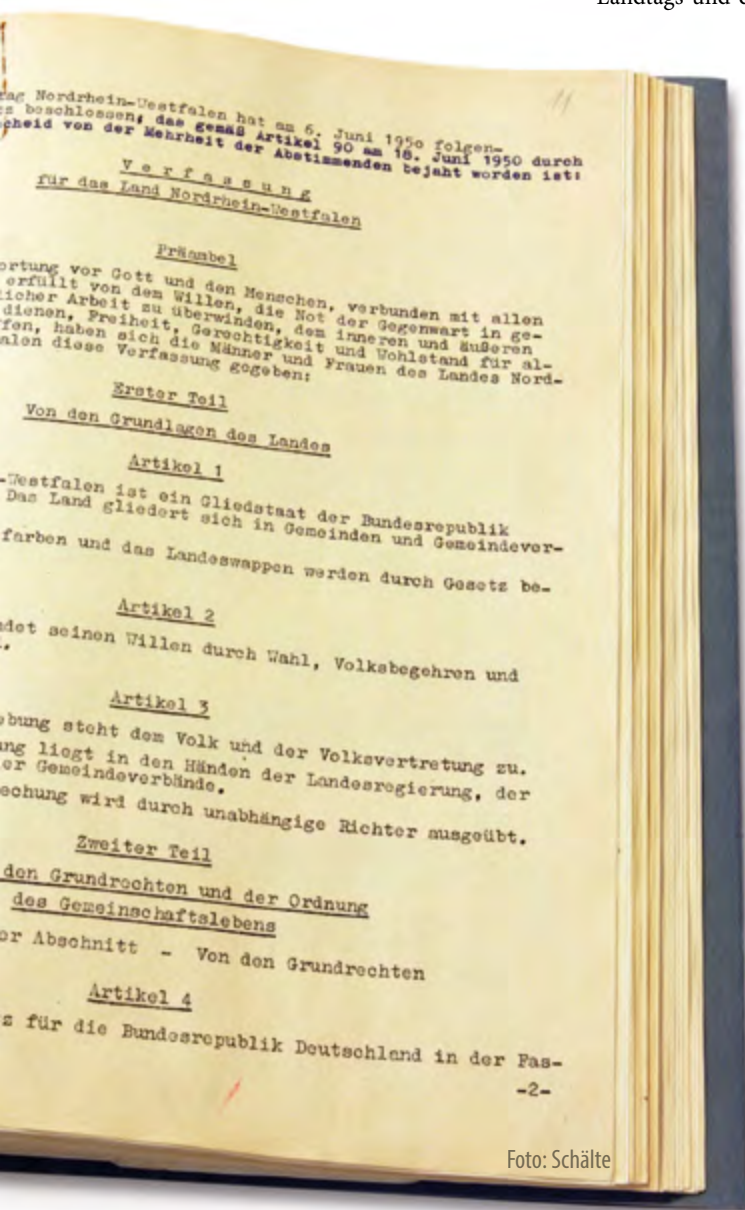


Foto: Schälte

Geld und Grenzen

Haushalts- und Finanzausschuss befasst sich mit Barzahlungen

3. Mai 2016 – Geldwäsche und Terrorfinanzierung auf der einen, Datenschutz und Privatsphäre auf der anderen Seite: Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich in einer Sachverständigen-Anhörung mit möglichen Höchstgrenzen für Zahlungen mit Bargeld befasst.

Grundlage der Anhörung waren Anträge der Fraktionen von FDP („Mündige Bürger nicht immer bevormunden und unter Generalverdacht stellen – Keine rigide Höchstgrenze für Zahlungen mit Bargeld einführen“, [Drs. 16/9597](#)), und PIRATEN („Bargeld – Freiheit – Privatsphäre – PUNKT! Keine Obergrenze für Barzahlungen! – Wehret der schleichenden Abschaffung des Bargelds und einem weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat“, [Drs. 16/11217](#)). Medienberichten zufolge plane das Bundesfinanzministerium die Einführung einer Obergrenze für Bargeldgeschäfte in Höhe von 5.000 Euro, heißt es im Antrag der PIRATEN. Beide Fraktionen führen zudem Äußerungen des nordrhein-westfälischen Finanzministers Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) an, der bereits im vergangenen Jahr eine Obergrenze von 2.000 bis 3.000 Euro gefordert habe. Sie fordern die Landesregierung auf, entsprechende Initiativen nicht zu unterstützen.

„Keine Evaluation“

Das Bundesfinanzministerium habe eine Obergrenze für Barzahlungen in Höhe von 5.000 Euro ins Spiel gebracht, um Terrorismusfinanzierung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu erschweren, hieß es in einer Stellungnahme der Deutschen Bundesbank. Zwar gebe es in mehreren Euro-Ländern bereits Barzahlungsgrenzen, allerdings habe eine systematische Evaluierung bislang nicht stattgefunden. Auch seien der Bundesbank „keine wissenschaftlichen Untersuchungen bekannt, die die Wirksamkeit von Barzahlungsgrenzen zweifelsfrei belegen oder zumindest einen signifikanten Zusammenhang nachweisen“. Der Wirtschaftsjournalist und Buchautor Dr. Norbert Häring nannte ein Verbot von Barzahlungen in Höhe von mehr als 3.000 oder 5.000 Euro „zur Bekämpfung von Geldwäsche, Schwarzarbeit und Terrorismus nahezu wirkungslos“.

„Aus datenschutzrechtlicher Sicht sehe ich diese Bestrebungen kritisch, wobei die Kritik mit der Intensität der in Rede stehenden Eingriffe zunimmt“, so Helga Block, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW. Ihrem Kenntnisstand zufolge lägen zu solchen Initiativen aber weder ein Gesetzentwurf auf Bundesebene noch ein Vor-

schlag der Europäischen Kommission vor. Block äußerte datenschutz- und verfassungsrechtliche Bedenken. Der „Zwang zur Verwendung bargeldloser Zahlungsmittel“ schränke das Recht des Einzelnen ein, selbst über die Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Nur mit Bargeld sei anonymes Einkaufen möglich. „Anonymität“ stehe in diesem Fall für legitime Privatsphäre und informationelle Souveränität. So sah es auch die Verbraucherzentrale NRW. Wer mit Bargeld zahle, hinterlasse „keine Datenspuren, die möglicherweise Rückschlüsse auf sein Kaufverhalten und seine Interessen möglich machen“. Die „Argumente der Kriminalitätsbekämpfung“ seien nicht stichhaltig.

Das Deutsche Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler hielt eine Obergrenze von 5.000 Euro für unverhältnismäßig und nicht geeignet, Kriminalität zu bekämpfen. In Deutschland existiere bereits eine „rechtliche Rahmenregelung, um Geldwäsche zu vermeiden“, ebenso in der Europäischen Union. Eine Begrenzung des Bargeldverkehrs stelle „alle Bürger unter Generalverdacht und würde mit einem starken Eingriff in die Verbrauchersfreiheit und Privatautonomie einhergehen“. Bargeldzahlungen seien „gelebter Datenschutz“. Die vorhandenen Regeln seien ausreichend, bestätigte der Steuerberater-Verband Köln.

Eine andere Ansicht vertrat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk). Die Bundesregierung habe bis heute keine „Gesamtstrategie zum Kampf gegen schmutziges Geld“ vorgelegt. Der bdk fordert u. a. eine EU-weite Abschaffung der 500- und 200-Euro-Noten sowie die Einführung einer Barzahlungshöchstgrenze von maximal 10.000 Euro. „Die Antragssteller stellen nur höchst unzureichend den Bezugsrahmen zur Bekämpfung der Schwerekriminalität sowie des Terrorismus her“, hieß es in der Stellungnahme. Das Volumen der in Deutschland begangenen Geldwäsche liege einer Studie zufolge bei mehr als 100 Milliarden Euro im Jahr. In Deutschland könnten „noch immer problemlos z. B. Autos, Kunstwerke, Schmuck, Pferde und Immobilien in hohen fünf- und sechsstelligen Beträgen in bar bezahlt werden, ohne dass Geld aus Verbrechen als solches erkannt und gemeldet wird“. Der bdk schätzt, dass sich 98 Prozent aller Verbrauchsgeschäfte unterhalb der 10.000-Euro-Grenze abspielen.

zab

Foto: Schälte



AUS DEN FRAKTIONEN

Mehr Selbstbestimmung bei der Gestaltung des Familien- und Arbeitslebens

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für Nordrhein-Westfalen verlangt heute mehr denn je nach einer modernen Familienpolitik. Dabei bedingen sich die Politikbereiche gegenseitig: Denn aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht es schließlich um mehr Selbstbestimmung bei der Gestaltung ihres Familienlebens und ihrer Be-



rufskarrieren. Wir sind überzeugt: Unternehmen in NRW, dem Investitionsstandort Nummer eins in Deutschland, brauchen flexible und qualifizierte Beschäftigte.

Anknüpfend an die Tradition der in NRW tief verankerten Sozialpartnerschaft haben wir darüber am 4. Mai 2016 auf unserem Forum „Familie. Arbeit. Leben.“ diskutiert: mit Andrea Nahles, Bundesarbeitsministerin, Rainer Schmeltzer, Landesarbeitsminister, Britta Altenkamp (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag NRW), Uwe Tigges (Personalvorstand RWE AG), Remi Stork (Geschäftsführer Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familien NRW) und Helga Lukoschat (Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin). Grundlage war das Thesenpapier der

SPD-Fraktion mit zehn Eckpunkten für eine Reform der Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Zu den Forderungen zählen unter anderem, von Vollzeit in Teilzeit und wieder zurück zu wechseln und die Arbeitszeit zwischen Vätern und Müttern gerechter aufzuteilen, im Idealfall auf jeweils 32 Stunden. Beide Eltern sollen ihre Arbeitszeit für maximal drei Jahre auf 80 Prozent senken können und in dieser Zeit finanziell unterstützt werden. Ungleich Bezahlung von Männern und Frauen soll durch mehr Transparenz per Gesetz bekämpft werden. Sogenannte „Frauenberufe“ wollen wir durch höhere Löhne und Gehälter aufwerten. ■



Gewalt gegen Polizeibeamte: Totalausfall der Landesregierung

Im vergangenen Jahr sind fast 14.000 Polizisten im Einsatz beleidigt, bedroht oder körperlich attackiert worden. Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei wird inzwischen alle 67 Minuten ein Polizist in Nordrhein-Westfalen angegriffen – das ist eine dramatische Entwicklung.

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigte sich das Plenum in dieser Woche mit diesem Verrohungsphänomen. Unter rot-grüner Regierungsverantwortung werden Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen während ihrer Einsätze immer öfter zu Opfern von Gewalt und Respektlosigkeit. Die CDU-Fraktion hat in der laufenden Wahlperiode bereits eine Vielzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen vorgelegt, mit denen diese Entwicklung aktiv



bekämpft werden kann: Von der Einführung eines entsprechenden Straftatbestands bis hin zur Installation von Bodycams. Alle diese Initiativen hat Rot-Grün abgelehnt.

Gleichzeitig hat die rot-grüne Landesregierung bis zum heutigen Tag keine einzige konkrete Maßnahme ergriffen, um die ausufernde Gewalt einzudämmen. Selbst die von Ministerpräsidentin Kraft im Rahmen ihrer Regierungserklärung 2012 angekündigte und im Januar 2016 von ihr erneut avisierte „Woche des Respekts“ für die Polizei wartet seit nunmehr fünf Jahren auf ihre erste Durchführung. Das ist eine Ohrfeige für die Betroffenen. Der neue Höchststand bei Gewalttaten gegen Polizeibeamte muss ein Weckruf sein und darf nicht verhallen.

CDU-Anträge im Überblick:

- 02.07.2013: Einführung einer Mindeststrafe für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (Drs. 16/3442).
- 20.05.2014: Erprobung von Bodycams bei der Polizei (Drs. 16/5923).
- 16.06.2015: Schaffung eines neuen Straftatbestandes für Angriffe auf Einsatzkräfte (Drs. 16/8979).
- 25.08.2015: Änderung des Beamtengesetzes bei Schmerzensgeldansprüchen von Landesbeamten (Drs. 16/9578).
- 19.01.2016: Ausstattung der Polizei mit Bodycams (Drs. 17/10789).



Den Luftverkehr in NRW für die Zukunft aufstellen

Luftverkehr ist Teil des wirtschaftlichen Austausches und des Tourismus, er bietet und erhält Arbeitsplätze. Fliegen ist aber auch die klimaschädlichste Möglichkeit der Fortbewegung. Im Vorfeld der Entwicklung eines neuen Flughafenkonzepts für NRW hat die GRÜNE Fraktion Prof. Dr. Friedrich Thießen von der TU Chemnitz mit einem Gutachten beauftragt. Die Eckpunkte sind Grundlage für ein nun beschlossenes Positionspapier.

Luftverkehr belastet durch Lärm und Abgase Menschen und Umwelt erheblich. Die so verursachten Kosten müssen sich auch in den betriebswirtschaftlichen Kalkulationen widerspiegeln, daher schlagen wir unter anderem eine Lärmabgabe für Airlines vor. Um den Luftverkehr in NRW nachhaltig zu

gestalten, sehen wir in unserem Positionspapier aber verschiedene Maßnahmen vor: die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene, die Einführung einer Kernruhezeit von 0 bis 5 Uhr sowie hohe Gebühren in den Nachtrandzeiten. Die nicht notwendigen Flüge sollen so reduziert werden. Unser Positionspapier lässt sich hier nachlesen:

<http://gruene.fr/nh>



Innovationsforum der FDP-Fraktion zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

Immer mehr Menschen nutzen digitale Technik, um ihre Gesundheit zu überprüfen. Fitness- oder Diät-Apps sind Realität. Fachärztliche Begutachtung und Videokonsultation sind längst keine Zukunftsmusik mehr. Innovationen und Herausforderungen durch Digitalisierung im Gesundheitswesen diskutierte die FDP-Landtagsfraktion mit Experten und interessierten Gästen bei einem Innovationsforum E-Health.

Der Bielefelder Forschungsgruppenleiter Kognitronik und Sensorik Prof. Ulrich Rückert erläuterte die technischen Möglichkeiten und sich daraus ergebende Fragestellungen zu Datensicherheit und -schutz. Die Unternehmer Arnd Jäger und Philipp Körting stellten ihr Konzept einer webbasierten Psycho-Diagnostik und Gruppen-Psychotherapie vor. Der Gesundheitssystemforscher Dr. Iseringhausen vom Westdeutschen Zentrum für angewandte Telemedizin und Uwe Borchers vom Zentrum für Innovationen in der Gesundheitswirtschaft OWL unterstrichen die Chancen der digitalen Entwicklungen für qualitativ gute und effiziente Patientenversorgung.

„In der Diskussion wurde deutlich, dass das von der Bundesregierung beschlossene E-Health-Gesetz noch zu viele Fragen ungelöst

lässt“, betonte die gesundheitspolitische Sprecherin Susanne Schneider. Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende und wissenschaftspolitische Sprecherin, stellte nach der Diskussion mit dem fachkundigen Publikum fest: „Es liegen große Aufgaben vor uns. Ziel sollte es sein, die vielfältigen Chancen für eine gute medizinische Versorgung der Patienten zu ergreifen. Mit innovativen Produkten und Dienstleistungen kann eine attraktive Wirtschaftsregion ausgeprägt und können Standards gesetzt werden.“ Ein Fazit, das viel Zustimmung fand.



Freihandelsabkommen TTIP muss ausgesetzt werden

Nach den TTIP-Leaks ist das öffentliche Vertrauen in das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen vollkommen zerstört. TTIP muss ausgesetzt werden.

Am 2. Mai 2016 wurde nach knapp dreijährigen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-amerikanischen Regierung der aktuelle Stand des Handels- und Investitionsabkommens TTIP geleakt. Das schon zuvor höchst umstrittene Abkommen, der institutionelle Rahmen der Verhandlungen sowie die Verhandlungsführung haben durch die veröffentlichten Inhalte einen immensen öffentlichen Vertrauensverlust erfahren.

Der Vertrauensverlust in die europäischen Verhandlungsführer liegt zum einen in den Verhandlungsinhalten begründet. Nach der ersten Auswertung entsteht der Eindruck,

dass die US-Seite auf die europäische Gesetzgebung Einfluss nehmen möchte: So sollen einer Expertenkommission mit Vertretern beider Seiten Kompetenzen bei künftigen Gesetzesvorhaben oder Vertragsänderungen eingeräumt werden. Auch legen die veröffentlichten Informationen nahe, dass wichtige Standards des europäischen Verbraucherschutzes, vor allem das bewährte Vorsorgeprinzip, ausgehöhlt oder sogar abgeschafft werden könnten. Zum anderen diskreditiert sich die EU-Kommission als Verhandlungsführer mit ihrer restriktiven Öffentlichkeitspolitik selbst. Nur sehr verhalten reagiert sie auf die Forderungen aus der Zivilgesellschaft nach mehr



Michele Marsching (PIRATEN)

Transparenz und demokratischer Einflussnahme.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in das TTIP-Abkommen, die Verhandlungen und die Verhandlungsführung der EU-Kommission ist nachhaltig erschüttert. Auf dieser Basis ist eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht möglich. Wir fordern im aktuellen Plenum ein Ende der aktuellen TTIP-Verhandlungen und einen demokratischen, transparenten und zivilgesellschaftlich getragenen Neustart.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



AUSSCHÜSSE

16-Jährige unter Tatverdacht

Bombenanschlag auf Essener Sikh-Zentrum Thema im Innenausschuss

28. April 2016 – Samstag, 16. April. Der Sprengsatz explodiert gegen 19 Uhr. Etwa 100 Menschen, die meisten von ihnen aus Indien und Afghanistan, befinden sich noch im Sikh-Gemeindezentrum in Essen. Sie hatten dort eine Hochzeit gefeiert. Drei Menschen werden bei der Explosion am Eingang des Gebäudes verletzt, einer von ihnen schwer. Die mutmaßlichen Täter: zwei 16-jährige türkischstämmige Jungen, einer aus Essen, der andere aus Gelsenkirchen. Beide seien polizeibekannte Salafisten, teilte die Landesregierung in einer Sitzung des Innenausschusses mit. Anfang Mai wird ein dritter Tatverdächtiger festgenommen.

Die Tatverdächtigen befinden sich in Untersuchungshaft. Den Ermittlungen zufolge hatten sie Sprengstoff in einen Feuerlöscher gefüllt und diesen dann mithilfe eines Fernzünders zur Explosion gebracht. Die Anleitung zum Bau der Bombe hätten sie im Internet gefunden, die erforderlichen Chemikalien im Netz bestellt, sagte ein Sprecher des Innenministeriums.

Der Staatsschutz sei von Anfang an in die Ermittlungen einbezogen worden, berichtete die Landesregierung. Die Polizei habe Daten aus Funkzellen ausgewertet, in sozialen Netzwerken recherchiert und auch auf Videoaufnahmen einer benachbarten Firma zurückgreifen können. Die Aufnahmen seien für die Öffentlichkeitsfahndung genutzt worden. Die beiden jungen Männer hätten die Tat mittlerweile eingeräumt, einen religiösen Hintergrund jedoch abgestritten. Als Motiv hätten sie „Spaß am Böllerbauen“ angegeben.

Wie die Landesregierung mitteilte, waren beide als Salafisten und Sympathisanten des „Islamischen Staates“ bekannt. Einer von ihnen

sei bereits durch Beleidigungen und Bedrohungen aufgefallen. So habe er damit geprahlt, an Waffen heranzukommen, und gedroht, einer jüdischen Mitschülerin das Genick zu brechen. Der junge Mann sei im Rahmen des Präventionsprogramms „Wegweiser“ gegen gewaltbereiten Salafismus betreut worden. Sein mutmaßlicher Mittäter sei durch Körperverletzung und versuchten Einbruchdiebstahl polizeilich in Erscheinung getreten. Beide seien jedoch nicht der gewaltbereiten Salafistenszene zuzuordnen gewesen.

Videoüberwachung

Dass der Anschlag aufgeklärt werden konnte, sei der Videoüberwachung einer Firma zu verdanken, sagte [Lothar Hegemann](#) (CDU). Es handle sich um eine Technik, die von den regierungstragenden Fraktionen abgelehnt werde. Auch illegale Videoaufnahmen seien als Beweismittel zugelassen, erklärte [Frank Herrmann](#) (PIRATEN). Er bezweifelte jedoch, dass nun „überall Kameras installiert werden müs-

sen“. Videokameras könnten keine Anschläge verhindern, meinte [Verena Schäffer](#) (GRÜNE). Sie empfahl mehr präventive Angebote. Eine flächendeckende Videoüberwachung sei verfassungsrechtlich kaum haltbar, sagte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). Die „Zahl der Salafisten und selbsternannten Gotteskrieger“ werde in NRW größer, meinte [Marc Lürbke](#) (FDP). Die „radikalisierten Täter“ würden immer jünger. „Gewaltbereite Islamisten in diesem Alter“ seien in der Tat ein neues Phänomen, bestätigte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). zab

Die Religion der Sikhs

Bei den Sikhs handelt es sich um eine im 15. Jahrhundert in Nordindien gegründete monotheistische Religionsgemeinschaft. Sie wurde von Guru Nanak gegründet und soll eine Synthese aus Hinduismus und Islam schaffen. Ein Kennzeichen praktizierender Sikhs ist das ungeschnittene Haar unter dem Turban. Die Religion hat weltweit etwa 23 Millionen Anhänger, die meisten in Indien.

Porträt: Marcel Hafke (FDP)



Eine Mischung aus Verärgerung, Widerstand und Faszination haben Marcel Hafkes Interesse für die Politik geweckt. Vor 16 Jahren hatte der FDP-Landtagsabgeordnete gerade seinen Führerschein geschafft, als Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit der Einführung der Ökosteuern das Autofahren verteuerte. Keine finanzielle Kleinigkeit für den damals 18-jährigen Schüler. Das weckte Widerspruch, sorgte für Engagement. Konsequenz: Er informierte sich in seiner Heimatstadt Wuppertal über die politischen Angebote der Jungen Union, Grünen Jugend und der Jungen Liberalen (Julis). Ergebnis: Er entschied sich für den Nachwuchs der freien Demokraten, weil er dort auf eine „total nette Runde“ traf, ihn menschliche und inhaltliche Gründe überzeugten.

Nicht ungewöhnlich für eine kleine Partei, dass er schnell einen Posten übernehmen sollte. Folge: Von 2004 bis 2010 war er Juli-Landesvorsitzender, zog vor sechs Jahren über die Reserveliste ins Landesparlament ein. Hafke hat gelernt, mit Klischees, Vorurteilen und Unterstellungen umzugehen. Als FDP-Jungpolitiker ist er daran gewöhnt, in eine politische Schublade gesteckt zu werden. Als Versicherungskaufmann mit Abschluss Diplom-Kaufmann (FH) bedient er vermeintliche Vorstellungen über gewiefte Geschäftsleute. Als Golfspieler fühlt er sich mit einem „Stempel“ versehen, der sogar Neid und Missgunst weckt, befindet Hafke. „Ich habe gelernt, mit Vorurteilen zu leben“, hält er es mit dem Wahlspruch von Otto Graf Lambsdorff, dass Liberalismus „nichts für Leute mit schwachen Nerven“ sei. FDP-Mitglieder seien eben nicht immer beliebt: „Da gewinnt man nicht nur Freunde“, wertet er Vorbehalte eher als Aufforderung, noch stärker für seine Ideen zu streiten und zu werben, somit echte Überzeugungsarbeit zu leisten.

Dabei verlief beim inzwischen 34-Jährigen vieles abseits der üblichen Schablonen: „Ich wollte etwas mit Menschen machen und unterwegs sein“, erläutert er seinen Einstieg in die Versiche-

rungsbranche. 2008 übernahm er die Agentur seines Vaters, die er – mit Unterstützung seiner Mutter – weiter führt, weil die Selbstständigkeit ihm „Unabhängigkeit und Freiheit“ gewähre. Im Landtag seien zu wenige Unternehmer vertreten, was auch auf die Verschärfung der Offenlegung der Einkünfte zurückzuführen sei. Die FDP müsse neben dem wirtschaftlichen Profil stärker auf gesamtgesellschaftliche Themen setzen. Nicht nur Führungskräfte in der Wirtschaft, sondern auch deren Mitarbeiter müssten im Blick behalten werden. „Das ist der FDP phasenweise verloren gegangen.“

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei der Schlüssel zum Erfolg, befindet der familienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion – und plädiert für eine Stärkung der sozialen Themen. Liberal und sozial – das passt für ihn gut zusammen. „Neid-Diskussionen sind extrem schwer auszuhalten“, kritisiert Hafke, dass Schein gelegentlich mehr als Sein betrachtet werde. Unter diesem Aspekt schätzt er, dass soziale Medien inzwischen eine Vertriebsform für politische Inhalte seien – ohne dabei die Wirklichkeit auszublenden. Über das Internet könne der „direkte Draht zu Bürgern“ hergestellt werden, so dass Politiker Rückmeldungen intensiver nutzen könnten. Wenn er die Chance bekomme, wieder in den nächsten Landtag einzuziehen, wolle er „mehr Verantwortung übernehmen“, etwa durch die Mitarbeit im Fraktionsvorstand. Durch den absehbaren Wechsel von „FDP-Superstar“ Christian Lindner nach Berlin komme Bewegung ins Personalkarussell, will der 34-Jährige seine mögliche Chance nutzen. Es sei kein Nachteil, als Familienpolitiker noch unverheiratet und kinderlos zu sein, denn letztlich sei entscheidend, „zuhören“ zu können, sich die Anliegen von Bürgern zu eigen zu machen.

Gleichwohl hat Hafke auch im Privatleben klare Zukunftspläne: Noch in diesem Jahr will er seine Freundin heiraten und hofft dann auf Nachwuchs. Dass seine Frau in spe sich bewusst für den Hauptschullehrer-Beruf entschieden hat, passt ins Bild des Liberalen mit den vielen Facetten. Es gehe um Startchancen fürs Leben, das dann in Eigenregie gestaltet werden müsse. Das füge sich in eine veränderte Werthaltung jüngerer Menschen: Kinder und Familie sind wieder stärker gefragt, befindet Hafke. „Darauf muss die Gesellschaft reagieren.“ Fasziniert ist der Liberale von Menschen, deren bloßes Auftreten bereits einen ganzen Raum ausfüllt. Wie der jüngst gestorbene Hans-Dietrich Genscher, der den Wuppertaler Westen von 1965 bis 1998 im Bundestag vertreten hat. Gemessen an der FDP-Ikone, hat Hafke noch viel Zeit, seinen eigenen Weg zu gehen.

Robert Vornholt

20 Jahre UN-Stadt Bonn

In diesem Jahr feiern die Vereinten Nationen (UN) 20 Jahre Präsenz in Bonn. Dieses runde Jubiläum würdigten Landtag und Landesregierung am 10. Mai 2016 mit einem Parlamentarischen Abend im Plenarsaal des Landesparlamentes.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei, konnten als Gastredner den Bonner Oberbürgermeister Ashok Sridharan sowie die Leiterin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, Christiana Figueres, begrüßen.



Feierten 20 Jahre UN in Bonn (v.l.): Bonns Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Landtagspräsidentin Carina Gödecke, UN-Exekutivsekretärin Christiana Figueres und NRW-Europa-Minister Franz-Josef Lersch-Mense.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagte: „Seit 20 Jahren ist Bonn die UN-Stadt am Rhein und seit zehn Jahren befindet sich dort der UN-Campus. Darauf können wir in Nordrhein-Westfalen ganz besonders stolz sein.“

Im Jahr 1996 hatten sich die ersten größeren Einrichtungen der Vereinten Nationen in der früheren Bundeshauptstadt Bonn niedergelassen, darunter bereits das als Ergebnis des Klimagipfels in Rio de Janeiro von 1992 gegründete Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Heute arbeiten 18 UNEinrichtungen in Bonn.

Um den „Langen Eugen“ herum, das frühere Abgeordnetenhochhaus im alten Bonner Regierungsviertel, ist ein eigener UN-Campus entstanden. Mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinten Nationen arbeiten von Bonn aus an der Bewältigung wichtiger globaler Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – eine Entwicklung, die vom Bund, vom Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn seit zwei Jahrzehnten unterstützt wird.

Kurz notiert

Besucherzentrum

Noch bis Anfang Juli (2./3. Juli 2016) haben Interessierte Gelegenheit, sich vor der Sommerpause des Landtags das neue Besucherzentrum anzuschauen. Es ist immer samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, eine vorherige Anmeldung nicht notwendig. Während der parlamentarischen Sommerpause vom 8. Juli bis 26. August 2016 wird das Besucherzentrum geschlossen sein. Es öffnet seine Türen wieder ab dem 27. und 28. August 2016: An diesem Wochenende feiert das Land mit dem „NRW-Tag“ seinen 70. Geburtstag in Düsseldorf. Der Landtag beteiligt sich mit zwei Tagen der offenen Tür.

Dank für Friedensarbeit

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat das Engagement des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gewürdigt. Mit seiner Erinnerungsarbeit leiste der Volksbund wichtige Friedensarbeit, sagte die Präsidentin am 2. Mai 2016 während eines Empfangs ehrenamtlicher Spendensammlerinnen und -sammler im Landtag. Gödecke lobte den „großartigen persönlichen Einsatz“ der Ehrenamtlichen. Sie seien in den vergangenen Wochen und Monaten auf den Straßen Nordrhein-Westfalens unterwegs gewesen, um Spenden für die wichtige Arbeit des Volksbundes zu sammeln. Das Geld wird in die Pflege von Kriegsgräberstätten investiert. Noch bis 24. Mai 2016 ist im Landtag die Ausstellung „geflohen, vertrieben – angekommen!“ des Volksbundes zu sehen – wochentags von 10 bis 17 Uhr; um vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 0221-884-2129 oder E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Ganz in Pink

Ein pinkes Feuerwehrfahrzeug hat am 3. Mai 2016 vor dem Landtag NRW alle Blicke auf sich gezogen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke besuchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr Erkrath vor dem Landesparlament und dankte ihnen für ihr Engagement. Mit dem ungewöhnlichen Einsatzfahrzeug hatte die Feuerwehr ein Jahr lang auf das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehrleute aufmerksam gemacht. Zum Schluss der Aktion sammelte sie Spenden zugunsten des Düsseldorfer Kinderhospizes Regenbogenland. Jede Spenderin und jeder Spender durfte sich auf dem pinken Fahrzeug verewigen.

Gestorben

- 16.4. Prof. Dr. Heinrich Rosenbaum (CDU)
MdL 1966-1970 und 1975-1980
- 10.5. Günter Spangenberg (SPD)
MdL 1989-1990 und 1994-1995



Berufswahl mit Weitblick

Grundschullehrerin, Floristin, Krankenschwester? Typisch Mädchen! Ingenieur, Feuerwehrmann, Mathematiker? Typisch Junge! Noch immer entscheiden sich viele junge Menschen geschlechtsspezifisch für einen Beruf. Beim „Girls' and Boys' day“ im Landtag konnten Ende April rund 600 Jugendliche auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und den Fraktionen erleben, dass die Berufspalette viel breiter ist. Jungen waren in diesem Jahr das erste Mal dabei (bislang nur Girls' day), denn: „Die Boys brauchen auch ein bisschen Nachhilfeunterricht“, meinte Gödecke beim Auftakt im Plenarsaal, an dem auch Vizepräsident Eckhard Uhlenberg teilnahm. Foto: Schälte